

Nr. 42
1971

Union in Deutschland

Bonn, 28. Oktober 1971

Im Interesse der Bürger

Kann oder soll aus dem notwendigen sachlichen Gegen- einander von Regierung und Opposition Unversöhnlichkeit und Feindschaft werden? Soll der Wahlkampf zwei Jahre andauern? Und: Was ist mit dem, was andere — nicht wir — „totale Konfrontation“ nennen?

Wir lesen in den letzten Wochen immer häufiger vom Druck auf politische Entscheidungen. Diese Gespenster würden auf einen Schlag verfliegen, wenn Regierung wie Opposition ebenso sachlich wie bündig und bestimmt erklärten: Unter Druck wird keiner von uns etwas beschließen. Denn das Wichtigste, für das alle Demokraten stehen müssen, ist doch nicht dieser oder jener Paragraph, nicht dieser oder jener Vertragsartikel, nicht diese oder jene Opposition oder Regierung; das Wichtigste, für das alle Demokraten stehen, ist die Freiheit der Entscheidung, — jeder muß frei — ohne Druck, ohne Drohung — nach dem Gewissen entscheiden können.

Die Vorgänge und das Verfahren in der Gesetzgebung der letzten Wochen stören mögliche Gemeinsamkeiten. Die Überlegung ist zu durchsichtig, als daß sie Erfolg haben könnte: man läßt — von draußen — behaupten, wir wollten „totale Konfrontation“. In den Ausschüssen des Bundestages und im Plenum wird alles vorher durch Koalitionsabreden so zementiert, daß Argumente und Anträge der Opposition von vornherein keine Chance haben.

Will man etwa erreichen, daß wir möglichst oft Nein sagen? Um dies draußen zum Beweis unseres angeblichen Konfrontationswillens anzuführen?

Wenn die Koalition das will, will sie „totale Konfrontation“, — wenn nicht: dann sollte sie Luft und Raum schaffen für das, was Parlament und Gesetzgebung brauchen: Kompromisse. Und dies im Interesse der Bürger.

Dr. Rainer Barzel
Vorsitzender der CDU

■ ROTCHINA

Die UNO hat durch die Aufnahme Rotchinas und durch die unbegründete Verstoßung Nationalchinas an Umfang, nicht aber an moralischer Autorität gewonnen. Nicht nach Recht und Moral wurde entschieden; man beugte sich dem Anspruch des Mächtigen.

Seite 4

■ SPÄTE REAKTION

In einem persönlichen Gespräch mit Pompidou will Brandt einen Ausweg aus der internationalen Währungskrise finden. Damit erfüllt er — wenn auch verspätet — eine Forderung der CDU/CSU.

Seite 5

■ RENTEN

Ein erfreulich positives Echo haben die Vorstellungen der Union zur Anhebung des Rentenniveaus gefunden. Welche Verbesserungen strebt die CDU/CSU an?

Seite 7

■ BUNDES- VORSTAND

Präsidium und Bundesvorstand der CDU trafen in Bonn richtungweisende Entscheidungen für die künftige Arbeit der CDU.

Seite 8

Nachahmenswerte Beispiele von Opferbereitschaft

„Ich bin zwar nur Kriegerwitwe...“ oder „Ich bin zwar nur Rentner...“ — so beginnen viele Briefe, die in jüngster Zeit die Bundesgeschäftsstelle oder direkt den Parteivorsitzenden Dr. Barzel bzw. Generalsekretär Dr. Kraske erreichen. Dem Brief haben die Absender Geldspenden beigelegt, weil sie helfen wollen, das große Loch in der CDU-Kasse zu stopfen.

Mehrere Millionen DM beträgt das Defizit der CDU; eine gewaltige Summe — und die Spenden werden natürlich nicht ausreichen, das Defizit auch nur annähernd abzudecken. Aber — und das ist mindestens ebenso wichtig — aus diesen Briefen spricht eine beispielhafte Opferbereitschaft, wenn beispielsweise eine Rentnerin spontan ihren Mitgliedsbeitrag von 5 auf 10 DM verdoppelt, wenn andere, die gewiß keine Großverdiener sind, 10, 50, 100, ja sogar 1000 DM überweisen.

„Statt Blumen schicke ich Ihnen diese Geldspende, die wir im Bekanntenkreis gesammelt haben“, schreibt eine Dame an den neuen Bundesvorsitzenden. Mit zum Teil deftigen Kommentaren wird nicht gespart: „Ein kleiner Beitrag, damit in Deutschland wieder klare Verhältnisse herrschen“, oder: „...wenn ich auch in hohem Alter stehe, so hoffe ich doch, den Sturz von Herrn Brandt zu erleben, ehe er unsere Freiheit vollends verspielt hat“, oder: „...daß die Wahrheit in unserem Land nicht erstickt“, oder: „damit die verheerende Lotterwirtschaft der SPD/FDP beendet wird“ — und damit sei es „brandteilig“.

„Wo so viel auf dem Spiel steht“, heißt es in vielen Briefen, „muß jeder helfen, so gut es in

seinen Kräften steht“. Viele der Spender sind nicht Mitglieder der Union. Ihr nobles Beispiel beschämt viele.

Diese Zeichen der Opferbereitschaft und des Einsatzwillens können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie schweißen die Union zu einer Gemeinschaft zusammen und geben den Verantwortlichen durch diese „Starthilfe“ — wie sich ein Spender ausdrückte — neuen Elan. Es wäre zu hoffen, daß dieser Geist in der Union anhält, daß diese Beispiele Schule machen.

Stoltenberg: Unstabile Preise und unsichere Arbeitsplätze

Zur Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Dr. Stoltenberg, vor dem Bundesvorstand der CDU in Bonn, sie unterstreiche den Ernst der wirtschaftspolitischen Lage nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition, insbesondere die zunehmende Gefährdung der Arbeitsplätze bei einem ungebrochenen Preisauftrieb.

Die Befürchtung der Konjunkturforscher, daß die Lebenshaltungskosten auch 1972 noch um 4,5 Prozent im Jahresdurchschnitt steigen werden, während bei spürbar zunehmender Zahl der Arbeitslosen das Sozialprodukt real um höchstens 1 Prozent wachsen dürfte, lasse keinen Zweifel mehr zu, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in der mit Recht so gefürchteten „Stagflation“ befindet. Im Gegensatz zu 1966 bestehe durch die Verschlechterung der währungs- und handelspolitischen Situation für die Bundesrepublik nicht die Chance, einen binnen-

wirtschaftlichen Abschwung durch kurzfristig verstärkte Exporte auszugleichen.

Nicht nur die Preisstabilität drohe für längere Zeit verlorengelassen, sondern auch die Vollbeschäftigung und das Wachstum. Hierzu hätten die Fehler und Versäumnisse der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren maßgeblich beigetragen.

Mit den Konjunkturforschern sieht die CDU nach Stoltenbergs Worten das konjunkturpolitische Nahziel darin, eine Rezession und damit einen tiefen Einbruch in die Vollbeschäftigung zu verhindern. Entscheidendes werde jedoch davon abhängen, ob es gelingen kann, den Preisauftrieb einzudämmen und die Inflationsmentalität zu brechen.

Zur CDU übergetreten

Vier FDP-Bürgerschaftsvertreter in Rheydt sind am vergangenen Wochenende Mitglied der CDU geworden. Als Grund geben sie eine Unterwanderung der Gladbach-Rheydter FDP durch junge „Linke“ an.

Vom Null-Tarif hält der Juso-Kandidat jetzt nichts mehr

Der für das Amt des Oberbürgermeisters von Hannover von der SPD nominierte 28jährige Juso-Vorsitzende Herbert Schmalstieg sieht schon vor seiner Wahl die Probleme anders als er sie noch vor kurzem in polemischer Form zu vertreten pflegte. Schmalstieg gehörte bisher zu den Vorkämpfern des Null-Tarifs im Nahverkehr der niedersächsischen Landeshauptstadt. Anlässlich der in Hannover von den Jungsozialisten erfundenen „Rote-Punkt-Aktion“ hatte sich

der jetzige OB-Kandidat noch von der Rathaustruppe aus für diesen Nulltarif ausgesprochen. Jetzt will er davon nicht mehr viel wissen — denn als möglicher Oberbürgermeister wäre er ja mit allen finanziellen und personellen Problemen dieser Forderung konfrontiert — und spricht vorsorglich nur noch von einem „systemkonformen Fernziel“. Die Frage ist nur, was die Jugendgenossen von gestern nun über den arrivierten Parteifunktionär denken werden.

Dunkel über dem FDP-Parteitag

Die Sternstunde der Liberalen begann mit Finsternis. Sieben Minuten nach Beginn des FDP-Parteitages in Freiburg fiel der Strom aus. Aber nicht nur optisch gesehen war der Anfang des Parteitages dunkel. Die Schlagzeilen der vor der Stadthalle verteilten Zeitungen verkündeten: „CDU und SPD Gewinner bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg — FDP erlitt schwere Verluste.“ Es

bedarf schon einer echten Frohnatur, über die Walter Scheel in überreichem Maße verfügt, sich durch solche „Bagatellen“ nicht verdrießen zu lassen.

Scheel ignorierte als Parteivorsitzender ebenso wie als Außenminister die Realitäten des Tages und hielt eine Parteitagssrede, die sicher ernst gemeint war, aber eher einer Zitatensammlung von Albernheiten und Banalitäten glich. „Wenn ich so den Kurs der DM betrachte“, fabulierte Scheel bei einem wirtschaftlichen Exkurs, „dann muß ich sehen, daß die Mark am meisten in den letzten beiden Jahren an Wert zugenommen hat“. Eine Erkenntnis, die allseits großes Erstaunen hervorrief.

Was die Union an Warnungen zur Innen- und Außenpolitik vorgebracht hat, ist nach Scheel „die brutale Methode der Konfrontation“. Die Union, so erklärte er, „ist Unruhestifter in diesem Land“, „die CDU schlägt weiter ohne Maß und Ziel auf diese Regierungskoalition ein, mobilisiert alle negativen Emotionen, sie verpestet das Land mit Mißtrauen und Halbwahrheiten

und spürt nicht, daß man ihr nicht mehr glaubt“. Kann man so nicht großartig von der eigenen Niederlage und dem desolaten Zustand seiner Partei ablenken?

Nach dem Scheel-Auftritt behauptete der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick, „daß noch keine frühere Regierung bereits nach zwei Jahren eine so aktive Bilanz aufzuweisen hatte“. Solcherlei Bonmots hatten das Interesse der Parteitags-Delegierten vollständig erschöpft.

Am nächsten Tag meldete sich Partei-Reservist Karl-Hermann Flach zum aktiven Dienst zurück und brachte die müden Liberalen auf Vordermann. Flach beseitigte die letzten Unklarheiten über die FDP. Die Liberalen haben sich aufgegeben, wollen nur noch ein Flügel der SPD sein. Trügerischen Optimismus dämpfte Flach; er ließ durchblicken, daß die FDP auch mit dem Schlimmsten rechnen müsse.

Zu dieser Erkenntnis muß man kein gelernter Politiker und Journalist sein. Ein Taxifahrer vor der Stadthalle formulierte es prägnanter: „Die feiern ihre eigene Beerdigung und merken es nicht“. (Siehe auch Seite 4).

Mitbestimmung bei Sparkassen und kommunalen Eigengesellschaften

I. Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Sparkassen

1. Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat:

a) in Nordrhein-Westfalen (Gesetz verabschiedet am 10. 7. 1970)

b) in Schleswig-Holstein (Gesetz verabschiedet am 15. 4. 1971)

2. Geplante Änderung der Sparkassengesetze: Niedersachsen, Hessen, Bayern und Saarland.

II. Paritätische Mitbestimmung in kommunalen Eigengesellschaften mit der Rechtsform der AG oder GmbH:

a) Kiel: Parität ohne neutralen Mann. Regelung durch Stimmbindungsverträge. Gegen diesen Beschluß des Kieler Stadtrates hat ein CDU-Ratsherr im September 1971 Klage erhoben.

b) Wiesbaden: Parität ohne neutralen Mann. An die Stelle von einem Drittel der Aktionärsvertreter (Hauptaktionär oder Alleingesellschafter ist die

Stadt) sind als Kandidaten der Stadt von der Betriebsversammlung gewählte Arbeitnehmervertreter getreten. Regelung ohne Stimmbindungsverträge.

c) Frankfurt: Parität mit neutralem Mann. Regelung sonst wie in Wiesbaden.

d) Duisburg: Parität mit neutralem Mann. Regelung durch Stimmbindungsverträge durch das Verwaltungsgericht in Düsseldorf untersagt; daraufhin paritätische Besetzung durch Ratsbeschluß.

e) Mitbestimmungsbeschlüsse gemäß den Rahmeneempfehlungen der Gewerkschaft ÖTV faßten darüber hinaus ferner bisher die zuständigen Vertretungen von: Nürnberg, Hannover, Oberhausen und Mainz.

f) Verhandlungen über die Mitbestimmung laufen zur Zeit in: Köln, Dortmund, Kassel, Bielefeld, Braunschweig und Heidelberg.

g) In Berlin liegt der Entwurf eines Eigenbetriebsgesetzes vor, der die paritätische Mitbestimmung der Eigenbetriebe ab dem 1. 1. 1972 vorsieht.

Attacken aus Freiburg

Die Freien Demokraten haben ihren Parteitag benutzt, die CDU mit ganzen Breitseiten von Verleumdungen, Unterstellungen und hergeholten Behauptungen einzudecken. Während man sich im Bundestag darüber verständigt hatte, daß es zu der – im Regierungslager erfundenen – „totalen Konfrontation“ erst gar nicht kommen dürfe, zog der von einer Afrikareise heimgekehrte Bundesaußenminister im Sinne und im Stil eben dieser „totalen Konfrontation“ gegen die Christlichen Demokraten vom Leder. Sein neuer Generalsekretär tat es ihm tagsdrauf gleich. Die CDU – das ist in den Augen der FDP-Trommler eine Partei, die den Friedensbemühungen der Linkskoalition ständig in die Quere kommt, die nur Nein sagt und die hilflos in den Netzen ihrer kleinen Schwesterpartei CSU zappelt.

Es ist müßig und witzlos, auf solchen Unflat zu antworten. Die FDP-Liberalen, die sich da in Freiburg so wild gebärdet und so groß aufgeplustert haben, mußten am Eröffnungstag ihres Parteikongresses zur Kenntnis nehmen, daß sie bei den Wahlen in ihrem Stammland Baden-Württemberg soeben auf die Hälfte ihrer alten Stärke zusammengeschrumpft waren. Und vielleicht liegt hier der Grund für das Gestampfe, das ihre Führer und Sprecher dann drei Tage lang vorführten. Indes, für die FDP gilt heute mehr denn je, was man gelegentlich so bombastischen Sprüchemachern wie den liberalen Großrednern ins Stammbuch schreibt: Getretner Quark wird breit, nicht stark! —ch

Bumerang für Ahlers

Regierungssprecher sind selten zu beneiden. Sie haben auftragsgemäß das zu berichten, was sie sagen dürfen, gehen sie darüber hinaus oder vermindern sie den Umfang dessen, was ihnen aufgetragen worden ist, dann geraten sie in Schwierigkeiten. Dem jetzigen Leiter des Presse- und Informationsamtes, Conrad Ahlers, geht es nicht anders. Nur sollte er vielleicht dann, wenn er selbst wissen muß, daß er falsche Informationen gibt, dies vorher im Kabinett sagen und damit Entgleisungen verhindern, die jedem, der in Bonn das politisch-parlamentarische Geschäft kennt, auffallen müssen. Conrad Ahlers sagte in einer seiner letzten Pressekonferenzen, man könne die Opposition nicht verstehen, die immer wieder klage, ihre Anfragen im Parlament würden zu spät oder ungenau beantwortet; aber dann, wenn man einen Termin aushandeln wolle, um dies im Parlament in aller Breite zu tun, dann ziehe die Oppo-

sition plötzlich zurück und bitte um Vertagung der Debatte.

Ahlers wollte das an dem Beispiel der großen Anfrage der CDU/CSU zu den inneren Reformen beweisen. Er meinte, die Opposition habe sich schon dagegen gesträubt, diese Anfrage zusammen mit dem Haushalt zu beraten und einen für Anfang November vorgesehenen Termin habe sie auch nicht akzeptiert. Die Wahrheit ist, daß Ahlers genau wissen muß, warum man mit den Haushaltsberatungen die Debatte über eine solche Anfrage nicht verbinden kann. Er sollte wissen, daß gemäß *interfraktioneller Absprache* die für den 3. November vorgesehene Beratung der Großen Anfrage für die inneren Reformen durch die Große Anfrage der CDU/CSU über die Lage der Städte und Gemeinden ersetzt worden ist.

Ahlers liegt wieder einmal schief; seine Kritik an der Opposition ist, wie schon so oft, zum Bumerang für ihn selbst geworden. R. A.

Rotchinas Rolle in der UNO

Welche Rolle wird Rotchina nach seiner Aufnahme in die UNO spielen? Wahrscheinlich ist, daß Peking sich als Führer der Staaten der Dritten Welt anbietet.

Peking hat sich bisher als Gralshüter der Rechte der „DDR“ aufgespielt, jedoch würde die Aufnahme der „DDR“ in die UNO eine Stärkung der sowjetischen Fraktion bedeuten. Hier zeigt sich ein gewisses Dilemma. Die Solidarität mit einem kommunistischen Land wird aber wahrscheinlich stärker sein als die Bedenken wegen der Stärkung der Moskauer Position. Ost-Berlin dürfte daher einen neuen Verbündeten bei seinem Kampf um die Aufnahme in die UNO erhalten haben. Inwieweit sich das unmittelbar gegen Bonn richten kann, bleibt abzuwarten, da die Aufnahme Bonns und Ost-Berlins sicherlich als „Paket“ betrieben wird, wenn diese Frage einmal zur Entscheidung ansteht.

Ein bitteres Gefühl weckt der Ausschluß Taiwans. Ein Staat mit 14 Millionen Einwohnern, mit hervorragender wirtschaftlicher Entwicklung und bemerkenswertem Beitrag für die Entwicklungshilfe wird ohne jedes Verschulden ausgestoßen. Der Eindruck bleibt, daß dies nicht nach den Gesichtspunkten des Rechtes und der Moral entschieden wurde, sondern rein nach der Macht. Da Peking erklärt hatte, es werde die Aufnahme nur dann akzeptieren, wenn Taiwan ausgeschlossen werde, beugte man sich dem Anspruch des Mächtigeren. Die UNO hat dadurch an Umfang, aber nicht an moralischer Autorität gewonnen. Ernst Majonica, MdB

Brandt reagiert spät

Vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß Bundeskanzler Brandt in einem persönlichen Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Pompidou einen Ausweg aus der internationalen Währungskrise zu finden hofft. Mit dieser Initiative erfüllt der deutsche Bundeskanzler eine schon seit langem erhobene Forderung der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.

Als erste Reaktion auf die Ankündigung der Bundesregierung,

Brandt suche einen Kontakt mit Pompidou nach Möglichkeit noch vor der nächsten Konsultationsrunde und habe das in einem Brief an den französischen Staatspräsidenten angedeutet, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU, Dr. Rainer Barzel:

„Seit langem schlagen wir dem Bundeskanzler vor, sich selbst um die Lösung der Währungsprobleme zu kümmern und dazu auch das Instrumentarium des deutsch-französischen Vertrages als eine der Möglichkeiten zur Lösung der Währungsprobleme zu benutzen. Bisher wurde dies abgelehnt. Endlich versucht man in Bonn das Notwendige zu tun. Wir hoffen, daß es diesmal nicht bei Vorsätzen und guten Worten bleibt, sondern zu konkreten und positiven Ergebnissen kommt, die die europäische Solidarität wieder herstellen und beitragen zur Festigung des Welthandels und der freien Welt.“

Schon in der Haushaltsdebatte dieses Herbstes hatte Dr. Barzel daran erinnert, daß im Mai dieses Jahres eine Meldung in der Presse erschienen ist, wonach Frankreich nicht mehr bereit sei, sich an den Gesprächen und Institutionen entsprechend dem Fahrplan für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu beteiligen. Damals hieß es, man wolle in Paris die Politik des leeren Stuhles betreiben, bis die Bundesregierung wieder zu festen Wechselkursen zurückgekehrt sei.

Wörtlich erklärte Dr. Barzel zu Bundeskanzler Brandt gewandt: „Wenn Sie heute sagen, der Zeitpunkt für eine westeuropäische Initiative sei gekommen, so unterstützen wir diesen Satz ausdrücklich. Allerdings mit einer Einschränkung: Der Zeitpunkt ist

nicht erst jetzt gekommen, sondern er war seit März und April da. Es war doch unverantwortlich, diesen europäischen Zug ohne eine wirkliche Alternative in der Hand einfach anzuhalten.“

Ergänzend dazu erklärte in Bonn der Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Franz Josef Strauß: „Der Bundeskanzler entspricht damit endlich der von der CDU/CSU-Opposition mehrfach, unter anderem in meiner Pressekonferenz vom 24. August 1971 erhobenen Forderung, daß angesichts der Gefährlichkeit von Alleingängen in der Währungspolitik und angesichts der Unmöglichkeit einer Einigung zwischen Deutschland und Frankreich auf der Ebene der Ressortminister die Probleme auf einer höheren Ebene geklärt werden müssen. Der Bundeskanzler hat zwar spät reagiert, das ist immerhin noch besser, als die Dinge weiter treiben zu lassen. Die CDU/CSU-Fraktion unterstreicht nochmals ihre bisherige Auffassung, daß die innereuropäische Einigung als Voraussetzung für eine befriedigende internationale Übereinkunft und damit zugleich für eine befriedigende Lösung auch der deutschen Wirtschaftsprobleme Vorrang hat.“

Falsche Sparsamkeit

Die Bundesregierung muß viele ihrer hochfliegenden Pläne begraben, und zwar wegen ihrer fehlerhaften Wirtschafts- und Finanzpolitik; das ist bekannt und bei der Art, wie gegenwärtig in der Bundesrepublik Politik betrieben wird, auch nicht verwunderlich. Streichungen müssen an allen Ecken und Enden vorgenommen werden. Gefährlich wird es aber, wenn wichtige Dinge nicht vollendet werden können, weil nach dem Willen der Bundesregierung dazu das Geld fehlt.

So geht es beispielsweise dem Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg, erst vor einigen Jahren begründet, und nun in der langfristigen Forschung durch Streichung von finanziellen Mitteln arg behindert. Der CDU/CSU-Abgeordnete, Dr. Hans Hubrig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Forschung und Technik“, hat daher die Bundesregierung gefragt, welche Auffassung sie über die weiteren Aufgaben und finanziellen Aufwendungen des deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg habe und ob es zutrefte, daß 35 Millionen DM für diese wichtige Institution gesperrt sind.

Bauern zahlen die Zeche

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist erneut in ihrer Sorge darüber bestätigt worden, daß die Regierungskoalition den Problemen der deutschen Landwirtschaft zu wenig Beachtung beimißt. Bereits am 9. Februar dieses Jahres hatte die Opposition in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung ersucht, „bei den EWG-Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß solange die europäische Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht ge-

schaffen ist, die starre Bindung der Agrarpreise an die EWG-Rechnungseinheit aufgehoben oder gelockert wird."

Hintergrund dieses Antrages war es, bei künftigen Wechselkursänderungen die deutsche Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen zu bewahren. Gedacht wird von der CDU/CSU an die Einführung oder Weiterführung des zur Zeit schon praktizierten Grenzausgleichsystems. Dabei geht es nicht darum, die gemeinsame Agrarpolitik etwa aufzuheben.

Diese Initiative schien zunächst bei der Regierung auf fruchtbaren Boden zu fallen, denn Bundesminister Ertl sprach sich kürzlich ebenfalls für ein solches Grenzausgleichssystem aus. Wie nun der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ab-

geordnete Dr. Ritz, erklärte, scheint es sich bei der Erklärung Ertls aber nur um eine reine Deklamation zu handeln, denn die SPD und FDP-Koalition im Bundestag sei dem Antrag der CDU/CSU bei den Haushaltsberatungen nicht gefolgt. Es bestehe die Gefahr, daß, wie schon bei der Aufwertung 1969, die Landwirtschaft möglicherweise wieder die Zeche zu zahlen habe.

Wahl der BVG-Richter am 2. November

Der Älteste der Wahlmänner des Bundestages für die Wahl der Bundesverfassungsrichter, Dr. Otto Schmidt (Wuppertal), CDU/CSU, hat die Wahlmänner für den 2. November 1971 einberufen. In dieser Sitzung sind zwei Bundesverfassungsrichter zu wählen, und zwar die Nachfol-

ger für den ausscheidenden Präsidenten, Dr. Gebhard Müller, und den ebenfalls ausscheidenden Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Leibholz.

Als deren Nachfolger sind die Bundestagsabgeordneten Ernst Benda (CDU) und Martin Hirsch (SPD) vorgeschlagen.

Es wäre möglich gewesen, die Wahl bereits am 22. Oktober durchzuführen, jedoch wurde besonders von dem SPD-Abgeordneten Friedrich Schäfer auf § 6 Abs. 3 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes hingewiesen, wonach das Wahlmännnergremium unter Einhaltung einer Ladungsfrist von einer Woche zur Durchführung der Wahl einberufen wird. Der Bundesrat kann nunmehr frühestens in seiner Sitzung am 12. November 1971 die Wahl des neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts vornehmen.

Stichwort: Dynamische Rente

1957 hat die CDU/CSU mit der Rentenreform die gesetzlichen Rentenversicherungen auf eine tragfähige Basis gestellt und die bruttolohnbezogene Rente eingeführt. Seitdem werden die Renten jährlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt. Die Anpassung richtet sich nach dem durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt der Arbeiter und Agestellten im Mittel des dreijährigen Zeitraumes vor dem Kalenderjahr, das dem Versicherungsfall vorangeht.

Die CDU ist der Auffassung, daß die beschlossene turnusmäßige Rentenanpassung der wirtschaftlichen Lage der Rentner nicht gerecht wird. Infolge der anhaltenden inflationären Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erreichen die Rentner zum ersten Mal sei der Rentenreform 1957 in diesem Jahr keine Verbesserung ihres Lebensstandards. Die Rentenanpassung vom 1. 1. 1971 mit 5,5 % wurde vollständig durch die Preissteigerungen aufgezehrt. Das Rentenniveau liegt mit ca. 41 % der Lohn- und Gehaltssumme der Aktiven auf dem niedrigsten Stand seit der Rentenreform.

Die unbefriedigende wirtschaftliche Situation der Rentner wird besonders deutlich durch die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Versichertenrenten hinter den Regelsätzen der Sozialhilfe im Bundesdurchschnitt zurückbleiben.

Die CDU/CSU hat im September 1971 einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die 1958 unterbliebene Rentenanhebung dadurch teilweise nachgeholt werden soll, daß die Renten ein halbes Jahr früher angehoben werden.

Der Entwurf zielt darauf ab, die Renten ab 1. Juli 1972 um 9,5 % zu erhöhen. Am 1. Juli 1973 werden die Renten dann um voraussichtlich 11,7 % angepaßt. Ein Rentner, der eine Monatsrente von z. B. 500 DM am 1. Januar 1972 bezieht, erhält am 1. Juli 1972 eine Rentenerhöhung von 47,50 DM monatlich.

Der Gesetzentwurf entspricht vom Ansatz her wie auch in seinen finanziellen Auswirkungen für den einzelnen Rentner und die gesetzlichen Rentenversicherungen dem Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Renten am 1. Januar 1972 um 11,3 % statt um 6,3 % zu erhöhen. Dieser Vorschlag scheiterte am Widerstand von SPD und FDP, die auch jeden Kompromiß ablehnten.

Die CDU/CSU bekräftigt ihre Auffassung, daß die Verbesserung der Lage der heutigen Rentner Grundlage jeder Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung sein muß. Gegen diesen Grundsatz verstoßen die bisher bekanntgewordenen Vorstellungen des Bundesarbeitsministeriums.

Positives Echo auf Vorschläge zur Rentenverbesserung

Ein erfreulich positives Echo haben die sozialpolitischen Vorstöße der Union in der Rentenfrage gefunden. Nicht nur die Rentner erkannten, daß die Union die besseren Alternativen hat; auch die noch Erwerbstätigen sehen die Gefahren für ihre spätere Rente, die in den Entwürfen der Regierung stecken.

In dem im Januar 1971 beschlossenen CDU-Parteiprogramm wird unter Ziffer 99 zur gesetzlichen Rentenversicherung ausgeführt:

„In der gesetzlichen Alterssicherung muß der Zusammenhang von Alterseinkommen und Lebensarbeitseinkommen erhalten bleiben. ... Die gesetzlichen Rentenversicherungen sollen den Selbständigen unter gleichen Rechten und Pflichten offenstehen. Langfristig soll für alle Frauen ein eigenständiger Anspruch auf eine ausreichende Sicherung im Alter und bei Invalidität angestrebt werden. ... Die Altersgrenze ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten flexibel zu gestalten.“

Dem Auftrag des Parteitages hinsichtlich der gesetzlichen Rentenversicherung ist die CDU/CSU inzwischen weitgehend nachgekommen. Ihre Vorstellungen haben sich in Einzelgesetzen niedergeschlagen, die man in ihrer Gesamtheit als Alternative zum Fünf-Punkte-Programm der Regierung ansehen muß.

Rentenniveauanhebung vordringlich

Kernstück der Konzeption der Bundesregierung ist die flexible Altersgrenze, Kernstück der CDU/CSU die Anhebung des Rentenniveaus.

Die CDU/CSU-Fraktion ist der Meinung, daß vor einer Einführung der flexiblen Altersgrenze, vor Leistungsverbesserungen,

erst einmal die Zielsetzung der Rentenreform von 1957 60 % bzw. die Zielsetzung des Dritten Rentenversicherungsänderungsgesetzes von 1969 (50 % Rentenniveau) wieder erreicht sein muß. Das Rentenniveau ist nämlich durch die inflationäre Entwicklung in den letzten beiden Jahren durch das Vorpreschen der Löhne und Gehälter auf rund 41 % abgesunken.

Das Rentenniveau war in der Bundesrepublik seit der Rentenreform noch nie so niedrig wie in den Jahren 1970 und 1971.

Das bedenkliche Absinken des Rentenniveaus ist die direkte Folge der inflationären Entwicklung in der Bundesrepublik. Die Schere zwischen Lohnentwicklung und Rentenentwicklung, zwischen Lohnniveau und Rentenniveau, die durch die verzögerte Anpassung bedingt ist, hat sich durch die inflationistische aufgeblähte Lohn- und Gehaltsentwicklung noch weiter geöffnet.

Das Hinterherhinken der Renten ist so groß geworden, daß eine Änderung der Rentenformel bzw. des Anpassungsrythmus erfolgen muß. (Siehe auch Stichwort „Dynamische Rente“, Seite 6.) Die CDU/CSU hat anläßlich der Beratung des 14. Rentenanpassungsgesetzes einen Änderungsantrag zu diesem Gesetz gestellt, der die hälftige Nachholung der in 1958 unterlassenen Rentenanpassung beinhaltet. Das Hinterherhinken der Renten hinter den Löhnen wäre hierdurch verringert worden.

Statt nur 6,3 % Routineanpassung wären die Bestandsrenten ab 1. 1. 1972 um 11,3 % angehoben worden. Die Koalitionsparteien haben den Änderungsantrag in namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag abgelehnt. Auch die gleichlautende Initiative der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat, der den Vermittlungsausschuß in dieser Angelegenheit bemühte, wurde letztlich abgelehnt.

Am 20. bzw. 21. September haben die CDU-regierten Länder und die CDU/CSU-Fraktion einen neuen Vorstoß unternommen. Sie haben einen Entwurf eines 15. Gesetzes über die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Drucksache VI/2585) im Bundesrat bzw. im Deutschen Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht im Unterschied zu der CDU/CSU-Renteninitiative der Fraktion eine um ein halbes Jahr frühere Rentenanpassung im Jahre 1972 vor. Die am 1. 1. 1973 fällige Rentenanpassung in Höhe von 9,5 % soll auf den 1. 7. 1972 vorgezogen werden. In der Wirkung entspricht der Entwurf eines 15. Rentenanpassungsgesetzes der ersten CDU/CSU-Renteninitiative zur Anhebung des Rentenniveaus der CDU/CSU.

Rücklagen sollen Rentnern zugute kommen

Auch durch diese Maßnahme würde das Nachhinken der Renten hinter der Lohnentwicklung verringert. Die Anhebung des Rentenniveaus würde die Rentenversicherung der Arbeiter und die Rentenversicherung der Angestellten im Jahre 1973 rund 2 Mrd. DM kosten. Die Mehraufwendungen für die knappschaftliche Rentenversicherung in Höhe von 223 Millionen DM gingen zu Lasten des Bundes. Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß die hohen Rücklagen der Rentenversicherungsträger, die der Rentenanpassungsbericht 1971 der

Bundesregierung (Drucksache VI/2040) ausweist, in erster Linie den Rentnern zugute kommen müssen.

Die außerordentlich gute Finanzlage der Rentenversicherungsträger (Rücklage der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung 1985 rund 133 Mrd. DM) erweist sich bei näherer Betrachtung als Spiegelbild des abgesunkenen Rentenniveaus. Würde man das Rentenniveau auf das seinerzeit versprochene Niveau von rund 50 % des vergleichbaren Aktiven-Einkommens anheben, würden die Rücklagen stark abschmelzen und der Spielraum für Reformen stark eingeengt. Die Initiative der CDU/CSU zur Anhebung des Renteniveaus dient letztlich der Sicherung der Rentenreform von 1957.

Rentenniveau gefährdet

Die Ablehnung der Niveauverbesserung durch die Regierungsparteien bedeutet nichts anderes als eine Absage an die leistungsbezogene Alterssicherung. Es ist zu befürchten, daß, falls die Regierung eine außerordentliche Rentenniveaueinhebung auch in Zukunft ablehnt, das Rentenniveau langfristig weiter absinkt. Schon die nächste Inflationswelle, schon die nächste inflationistisch aufgeblähte Lohnwelle kann das unzureichende Rentenniveau von heute rund 41 % auf 35 % herabdrücken.

Verbesserung der Alterssicherung für Frauen und Kleinstrentner

Als Gegenstück zur Rente nach Mindesteinkommen der Regierung hat die CDU/CSU einen Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Alterssicherung für Frauen und Kleinstrentner (Drs. VI/2584) am 21. September 1971 dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

Nach dem Gesetzentwurf sollen Renten von Versicherten mit mindestens 25 Versicherungsjahren, die eine persönliche Rentenbemessungsgrundlage von unter 85 % aufweisen, auf 85 %

angehoben werden. Angerechnet werden sollen nur Pflichtbeitragszeiten einschließlich Ersatz- und Zurechnungszeiten.

Von der Anhebung würden rund 1 Mill. Rentner erfaßt. Davon entfallen etwa 22 % auf Versichertenrenten an Männer, rund 56 % auf Versichertenrenten an Frauen und 24 % auf Witwenrenten. Der Gesetzentwurf würde einen Mehraufwand im Jahre 1972 von rund 932 Mill. DM erfordern. Die Finanzierung soll ebenfalls aus den Rücklagen der Rentenversicherungsträger bzw. bei der Knappschaft durch den Bund erfolgen.

Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige

Die CDU/CSU hat schon im Mai 1971 einen Entwurf eines Gesetzes über die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige (Drs. VI/2153) dem Deutschen Bundestag vorgelegt. Nach dem Gesetzentwurf können die Selbständigen einschließlich der freien Berufe bis zu 2 Jahren nach Aufnahme der Selbständigentätigkeit (für bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzentwurfs Selbständige endet die Frist am 31. 12. 1973) auf Antrag in die gesetzliche Rentenversicherung zu grundsätzlich gleichen Rechten und Pflichten wie ein Pflichtversicherter versichert werden.

Vorgesehen sind einkommensgerechte Beiträge, die von den Selbständigen allein entrichtet werden müssen. Der Gesetzentwurf sieht eine Nachentrichtung

möglichkeit von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung für Zeiten einer selbständigen Tätigkeit ab 1. 1. 1956 bis 31. 12. 1972 vor; weiterhin Erleichterungen hinsichtlich der Anrechnungen beitragsloser Zeiten für über 60jährige nicht mehr erwerbstätige Selbständige. Die Nachentrichtung von Beiträgen älterer Arbeitnehmer (60jährige und ältere) können in Härtefällen über eine „Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger“ erleichtert werden. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU würde den Bundeshaushalt mit 150 Mill. DM für die Stiftung belasten. Für die Rentenversicherungsträger würde die Öffnung für Selbständige und Freiberufler zunächst eine Erhöhung ihrer Überschüsse von jährlich zwischen 1 bis 3 Mrd. DM bringen.

Das Echo auf die CDU/CSU-Gesetzentwürfe in der Öffentlichkeit ist äußerst positiv und zwar nicht nur bei den Rentnern sondern auch den noch Erwerbstätigen, die in zunehmenden Maße erkennen, daß bei Realisierung der Regierungsvorschläge zur Rentenreform auch ihre Rente langfristig gefährdet ist. Es setzt sich auch allmählich die Erkenntnis durch, daß, so begrüßenswert die flexible Altersgrenze ist, der Preis — ein Absinken des Rentenniveaus — hierfür zu hoch ist und die Modalitäten der Einführung der flexiblen Altersgrenze nach dem Regierungskonzept dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit und dem Prinzip der Gleichbehandlung widersprechen.

■ Bundespartei

Bundesvorstand konstituierte sich

Unter der Leitung des Parteivorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, traten am 25. Oktober in der Bundeshauptstadt das Präsidium und — zu seiner konstituierenden Sitzung — der neugewählte

Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union zusammen.

Das Präsidium nahm die personelle Besetzung der einzelnen Sachressorts vor und widmete sich sodann der Vorbereitung der nachfolgenden Bundesvorstandssitzung. Die Aufgabenver-

teilung im Präsidium lautet jetzt wie folgt:

Von Hassel: Verbände, Bundeswehr, Kontakte zu befreundeten Parteien im Ausland, norddeutsche Landesverbände

Katzer: Sozial- und Gesellschaftspolitik, Gewerkschaften, Landesverbände Rheinland und Westfalen

Dr. Kohl: Länder, Studenten, Intellektuelle, Presse, Rundfunk und Fernsehen, Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar und Hessen

Dr. Schröder: Außen-, Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, freie Berufe

Dr. Stoltenberg: Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft

Frau Dr. Wex: Frauen, Familie, Jugend, Bildung, Gesundheit, Sport

Kiep: Entwicklungshilfe

Vor dem Bundesvorstand, den er das eigentliche „Führungsgremium der Partei“ nannte, gab Barzel einen Bericht zur Lage. In Grußtelegrammen dankte der Bundesvorstand dem Ehrenvorsitzenden der Partei, Dr. Kurt Georg Kiesinger, dem ehemaligen Generalsekretär, Dr. Bruno Heck und dem ausgeschiedenen Schatzmeister, Dr. Kurt Schmücker, für ihre Arbeit. Ein weiteres Telegramm sandte der Vorstand an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Filbinger, mit dem die CDU-Führung dem Stuttgarter Landesvorsitzenden die besonderen Glückwünsche für das gute Abschneiden der Partei bei den Kommunalwahlen am Sonntag ausdrückte.

Grundsatzausschuß gebilligt

Der Parteivorsitzende gab sodann vor dem Bundesvorstand einen Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage und begründete noch einmal die Einsetzung eines Grundsatzausschusses, der die Partei in Zukunft wissenschaftlich beraten soll. Der Bundesvorstand gab zur Einsetzung dieses Ausschusses

seine Zustimmung und billigte auch den Vorschlag des Parteivorsitzenden, den — selbst nicht anwesenden — Bundestagsabgeordneten von Weizsäcker mit der Führung des Ausschusses zu betrauen. Von Weizsäcker hat sich mit der Übernahme der Aufgabe bereits einverstanden erklärt und wird auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am 9. Dezember dem Bundesvorstand einen Vorschlag für die Besetzung der Kommission machen.

Bericht über Finanzsituation angekündigt

In seinem Bericht informierte der Generalsekretär der CDU, Dr. Konrad Kraske, den Vorstand über die Ernennung Ottfried Hennings zum neuen Bundesgeschäftsführer der Partei. Hennig wird offiziell das Amt nach dem Ausscheiden Dr. Göbs — also zum 1. Januar 1972 — übernehmen. Wie Kraske ferner mitteilte, wird der Bundesvorstand in Zukunft alle zwei Monate tagen. Der Bundesausschuß der Partei soll dreimal jährlich einberufen werden. Im vierteljährlichen Rhythmus wird der Generalsekretär der Partei Kontakt zu den Vorsitzenden und den Schatzmeistern der Landesverbände aufnehmen. Der neue Bundesschatzmeister, Walther Leisler Kiep, will dem Bundesvorstand auf der nächsten Sitzung am 9. Dezember einen ersten umfassenden Bericht über die Finanzsituation der Partei geben. Den Berichten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs schloß sich eine gründliche 1½stündige Generaldebatte im neuen Bundesvorstand an.

In dieser Generaldebatte begrüßten die Mitglieder des Bundesvorstandes einhellig die Rede des Parteivorsitzenden vor dem Deutschen Bundestag vom vergangenen Donnerstag, 21. 10. 1971, weil sie die Propaganda des politischen Gegners, die der CDU die „totale Konfrontation“ in die Schuhe schieben wollte, klar widerlegt hat.

Der Bundesvorstand nahm schließlich zu den ihm vom Saarbrücker Bundesparteitag überwiesenen Anträgen Stellung und faßte im einzelnen folgende Beschlüsse:

① Der vom Bundesparteitag beschlossene Bundesarbeitskreis Polizei soll vom Generalsekretär der CDU mit den Spitzen der Landesverbände vorbereitet und personell besetzt werden.

② Die in Saarbrücken beschlossene Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der Partei soll im Rahmen einer Bestandsaufnahme und eines Gesamtplanes auf der ersten Sitzung des Bundesvorstandes im Jahre 1972 erörtert und konkretisiert werden.

③ Die neugeschaffene Kommission Massenmedien soll gegründet und in Absprache mit dem Arbeitskreis für Rundfunkfragen der CDUCSU und seinen beiden Unterkommissionen tätig werden.

④ Der Beschluß des Parteitages, der auf eine gemeinsame Wahlplattform der CDU/CSU hinzielt, soll nach Auffassung des Bundesvorstandes der CDU und der am 18. 10. eingesetzten Verhandlungskommission der CDU verfolgt werden. Der Bundesvorstand erklärte einstimmig, daß die Frage der Nominierung des gemeinsamen Kanzlerkandidaten und die Klärung der damit zusammenhängenden Sachfragen entsprechend dem Parteitagebschluß „noch in diesem Jahr“ erfolgen soll.

⑤ Die vom Bundesparteitag geforderte Offenlegung der von Mandatsträgern eingegangenen Beraterverträge wird der Generalsekretär im Auftrag des Bundesvorstandes dem Bundestagspräsidenten sowie der Bundestagsfraktion und den Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen empfehlen.

⑥ Die satzungsändernden Anträge, die auf eine Strukturreform in der CDU abzielen, werden einer Kommission zur weiteren Beratung unter Vorsitz des Generalsekretärs überwiesen.

(Fortsetzung auf Seite 11)

Nachfolgende Ausarbeitungen und Dokumentationen können bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn, Nassestr. 2, bestellt werden:

1. Europapolitik

- | | Stückpreis |
|--|------------|
| 1.1 Zur Europäischen Sicherheitskonferenz (historischer Abriß 1954 bis 1970); 14 Seiten | DM 0,42 |
| 1.2 Kontinuität in der Europapolitik der CDU (chronologische Darstellung 1945–1971); 11 Seiten | DM 0,33 |
| 1.3 Die Sicherheit Europas
Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der 70er Jahre, 35 Seiten | DM 1,05 |

2. Ost- und Deutschlandpolitik

- | | |
|---|---------|
| 2.1 Die ostpolitischen Erfolge der von der CDU/CSU geführten Regierungen – und was hat die Bonner Linkscoalition erreicht? 4 Seiten | DM 0,12 |
| 2.2 Kritische Stimmen zur Ostpolitik der Regierung Brandt aus dem westlichen Ausland (Zeitraum 1969/70); 13 Seiten | DM 0,39 |
| 2.3 Kritische Stimmen zur Ostpolitik der Regierung Brandt aus dem westlichen Ausland (Zeitraum 20. 1.–19. 3. 1971); 8 Seiten | DM 0,24 |
| 2.4 Äußerungen zur Anerkennung der „DDR“ von Herbert Wehner; 8 Seiten | DM 0,24 |
| 2.5 Zitatensammlung (SPD/FDP) zur Berlin-Frage; 28 Seiten | DM 0,84 |
| 2.6 Die Haltung der CDU zu den Ostverträgen und zur Ratifizierung; 14 Seiten | DM 0,42 |
| 2.7 SPD-Zitate zur Wiedervereinigung und Anerkennung der „DDR“; 16 Seiten | DM 0,48 |
| 2.8 SPD-Terminprognosen für die Berlin-Verhandlungen; 7 Seiten | DM 0,21 |
| 2.9 Aussagen der Bundesregierung über den Charakter und Geltungsbereich des Moskauer Vertrages | DM 0,36 |
| 2.10 Zum Vertrag vom 12. 8. 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (Ost- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition – Vorbereitungsphase des Vertrages – Analyse des Vertragstextes – Auswirkungen des Vertrages – Haltung der CDU/CSU); 69 Seiten | DM 2,07 |

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

- | | |
|--|---------|
| 3.1 SPD-Zitate zur Steuerpolitik 1969–1971; 18 Seiten | DM 0,54 |
| 3.2 Brandt, Schiller, Möller und die Preisentwicklung – Zitate; 3 Seiten | DM 0,09 |
| 3.3 SPD-Zitate zur Preisentwicklung 1965 bis 1971; 6 Seiten (vergriffen) | DM 0,18 |
| 3.4 Chronologie der wirtschafts- und währungspolitischen Ereignisse seit Oktober 1969; 6 Seiten | DM 0,18 |
| 3.5 Zitate: SPD und Vollbeschäftigung; 9 Seiten | DM 0,27 |
| 3.6 Hoher Anstieg der staatlich geregelten Preise; 3 Seiten | DM 0,09 |
| 3.7 Wesentliche Unterschiede zwischen den Steuerreformvorschlägen von Bundesregierung, SPD und FDP | DM 0,15 |

4. Sonstige Innenpolitik

- | | |
|--|--|
| 4.1 Unterschiede zwischen den Gesetzentwürfen zur Reform des Betriebsverfas- | |
|--|--|

sungsgesetzes der Regierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 3 Seiten

- | | |
|--|---------|
| 4. 2 SPD-Zitate zur Vermögenspolitik 1969 bis 1971; 14 Seiten | DM 0,42 |
| 4. 3 SPD-Zitate zur Wohnungspolitik 1969 bis 1971; 15 Seiten | DM 0,45 |
| 4. 4 Formen der betrieblichen Alterssicherung; 6 Seiten | DM 0,18 |
| 4. 5 Vorstellungen der CDU zur Alterssicherung; 7 Seiten | DM 0,21 |
| 4. 6 Aktivitäten der Bundesregierung (1961 bis 1969) im Bereich des Umweltschutzes; 20 Seiten | DM 0,60 |
| 4. 8 Jugendpolitische Initiativen im Deutschen Bundestag; 16 Seiten | DM 0,48 |
| 4. 9 Zitate zur Bildungspolitik von SPD- und FDP-Politikern sowie von Mitgliedern der Bundesregierung; 29 Seiten | DM 0,87 |
| 4.10 Hochschulen – Keimzellen der Revolution? Materialien zur Situation an deutschen Hochschulen; 40 Seiten | DM 1,20 |
| 4.11 Deutsche Jungdemokraten
Unterscheiden sich die Jungdemokraten noch von den Linksaßen (insbesondere Jusos) der SPD? 36 Seiten | DM 1,08 |
| 4.12 Synopse von Vorschlägen zur flexiblen Altersgrenze, 3 Seiten | DM 0,09 |
| 4.14 „Leitsätze für den Öffentlichen Dienst“ (beschlossen vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 6 Seiten | DM 0,18 |
| 4.15 „Thesen zur Aus- und Fortbildung im Öffentlichen Dienst“ (beschlossen vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 2 Seiten | DM 0,18 |
| 4.16 „Probleme einer Regierungs- und Verwaltungsreform“ (ausgearbeitet vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 8 Seiten | DM 0,24 |
| 4.17 Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung; 24 Seiten | DM 0,72 |

5. SPD

- | | |
|---|---------|
| 5.1 Linkssozialistische Tendenzen in der SPD – Zitate; 8 Seiten | DM 0,24 |
| 5.3 Zitate: SPD und „Panikmache“; 5 Seiten | DM 0,15 |
| 5.4 Versprochen – nicht gehalten 2 Jahre Linkscoalition Halbezeitbilanz | DM 1,26 |
| 5.5 „Sozial“-Demokratisierung der Bundeswehr 6 Seiten | DM 0,18 |

6. Sonstiges

- | | |
|---|--------|
| 6.1 Rednerdienst zum Berliner Rahmenabkommen vom 3. Sept. 1971 in Einzelexemplaren kostenlos | |
| 6.2 Kurzfassung des Berliner Programms II. Fassung, Faltblatt, 6seitig, pro 100 Stück | DM 4,— |
| 6.3 CDU-Dokumentation, Broschüre, Geschichte, Programme und Leistungen der CDU seit ihrer Gründung, 148 Seiten, Umschlag vierfarbig | DM 1,— |
| 6.4 Allgemeiner Rednerdienst, Kurzfassung September 1971, 38 Seiten, in Einzelexemplaren kostenlos. | |

Zu allen Preisen sind Versandkosten und 5,5% Mehrwertsteuer hinzuzurechnen.

Baden-Württemberg

CDU festigte Stellung auch als Rathauspartei

Sieger der baden-württembergischen Kommunalwahlen vom vergangenen Sonntag ist die CDU; die SPD konnte ihre Stellung halten, während die Freien Demokraten erneut eine Schlappe einstecken mußten. Die CDU hat ihr Ansehen auch als Rathauspartei stark aufbessern können.

Der FDP-Parteitag in Freiburg hatte für die dort versammelten Delegierten einen schlechten Auftakt. In ihrer alten Hochburg im Südwesten erlitt die (vormals) liberale Partei einen empfindlichen Rückschlag, der sie an manchen Plätzen fast die Hälfte ihres Wählerpotentials bei den Kommunalwahlen kostete.

Das amtliche Endergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Die Besonderheit des baden-württembergischen Wahlnigstens, wonach die Wähler nicht an eine Liste gebunden sind, sondern ihre Kandidaten aus verschiedenen Listen auf ihren Stimmzettel setzen können (panaschieren), außerdem bis zu drei Stimmen auf einen Kandidaten häufen dürfen (kumulieren), erschweren und verzögern die Auszählung.

Als einen Erfolg für die CDU wertete der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, bei einer Vorstandssitzung am Tage nach den Wahlen die bisher vorliegenden Ergebnisse der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse zeigen nach Filbingers Ansicht deutlich, daß die CDU mit ihre Politik, die Realismus und Reformbereitschaft verbinde, auf dem richtigen Weg sei. Sie gäben der CDU Ansporn, auch künftig eine Politik ohne Illusionen fortzu-

setzen. Es sei erfreulich, meinte Dr. Filbinger, daß sich die hier und dort vorhandenen Verärgernisse über die Verwaltungsreform offensichtlich nicht negativ niedergeschlagen haben. Er sehe darin einen beachtlichen Beweis dafür, wie stark die Bürger dieses Landes differenzieren können.

Nach Ansicht von Dr. Filbinger habe die Wahl aber auch gezeigt, daß die FDP nicht mehr die Heimat für die früheren liberalen Wähler sei. Die FDP müsse nun erkennen, daß die Preisgabe der Mitte zugunsten eines Kurses nach links sich politisch nicht auszahlt. Auch der massierte Einsatz der Bundesprominenz während des Wahlkampfes habe weder der FDP noch der SPD etwas gebracht. Gleichzeitig müsse man mit Genugtuung bewerten, daß die radikalen Kräfte von rechts und links zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden seien.

Rheinland-Pfalz

CDU-Erfolge bei Teilwahlen

Sehr befriedigt über die Ergebnisse der Wahlen zu 12 Verbandsgemeindevertretungen, die am Sonntag in Rheinland-Pfalz stattfanden, hat sich in Mainz der Landesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, geäußert.

Als einziger möglicher Vergleich für das Abschneiden der Parteien bei diesen Wahlen, sagte der Ministerpräsident, biete sich das Kreistagswahlergebnis des Jahres 1969 an. Dieses Ergebnis zugrunde gelegt, habe die CDU in 10 von den insgesamt 12 Verbandsgemeinden Stimmenzunahmen zwischen 0,2 und 11,2 % erringen können. Lediglich in zwei Verbandsgemeinden seien leichte Abnahmen zu verzeichnen. Ein Gesamtvergleich aller 12 Verbandsgemeindeergebnisse mit dem Kreistagswahlergebnis 1969 zeige einen Stimmengewinn der CDU von 3 %, einen leichten Stimmenrückgang der SPD von 0,7 %.

Der Ministerpräsident wies in diesem Zusammenhang auf die einschneidenden und zum Teil schwierigen Veränderungen hin, die durch die Verwaltungsreform zustande gekommen sind und die, wie das Wahlergebnis zeige, eine bemerkenswerte Zustimmung der Bevölkerung gefunden haben. Das erfreuliche Ergebnis für die CDU werde noch unterstrichen durch die Tatsache, daß eine Reihe von Wählergruppen das direkte Vergleichsbild zu den Kreistagswahlen 1969 ungünstig beeinflussten. Insgesamt bedeute das Ergebnis, sagte Dr. Kohl, ein positives Votum zu der von Landesregierung und Landtag durchgeführten Verwaltungsreform.

Bundeschristliche Kommission konstituierte sich

(Fortsetzung von Seite 9)

Diese Kommission soll am 9. Dezember personell eingesetzt werden.

Der Antrag, ein Europabüro der Christlich Demokratischen Union einzurichten, wurde dem für die Auslandsarbeit verant-

wortlichen Präsidiumsmitglied, Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel, zur Behandlung überwiesen.

Einstimmig billigte der Bundesvorstand die Erklärung des stellv. Bundesvorsitzenden der CDU, Ministerpräsident Dr. Stoltenberg, zur Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (siehe Seite 2).

Panorama wieder einmal einseitig

Der „Panorama“-Beitrag über die Betätigung von Angehörigen der DKP im öffentlichen Dienst am 18. Oktober war durch ein einseitiges Übergewicht der Argumente für die umstrittene Betätigung von Kommunisten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland bestimmt.

Zu verurteilen ist vor allem die irreführende und einseitige Darstellung der Ziele der DKP in der Bundesrepublik Deutschland. Der „Panorama“-Redakteur beschränkte sich darauf, aus einem Programm der DKP zu zitieren, in dem von „friedlichen Mitteln“ bei der Verwirklichung der Ziele dieser Partei gesprochen wurde. Alle neuen dokumentarisch belegten Feststellungen der damit befaßten amtlichen Stellen von Bundesländern, nach denen die DKP zunehmend die „Zerstörung unserer freiheitlich demokratischen Ordnung“ fordert, wurden demgegenüber unterschlagen.

Diese Sendung zeigt erneut, daß die „Panorama“-Redaktion zu einer ausgewogenen und sachlichen Berichterstattung und der erforderlichen entschiedenen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften nicht bereit ist. Die CDU Schleswig-Holstein hält eine Erörterung dieser „Panorama“-Sendung und der darin sichtbar gewordenen Tendenzen in den dafür zuständigen Rundfunkgremien für notwendig. Sie hat ihre Vertreter um entsprechende Schritte ersucht.

Dr. Hans Eberhard Roesch,
Generalsekretär der CDU
in Schleswig-Holstein

Kurt Birrenbach, MdB, wird am 10. November im Auftrag des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel in die USA fliegen, um sich dort in Gesprächen mit führenden amerikanischen Politikern über den Standpunkt der amerikanischen Regierung in einer Reihe aktueller Fragen zu informieren.

Bernhard Vogel, rheinland-pfälzischer Kultusminister, wurde neuer Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung. Am 26. Oktober wurde Dr. Vogel auch zum Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU wiedergewählt.

Günter Rinsche wurde von der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum neuen Sprecher gewählt. Dr. Rinsche, der seit 1965 dem Deutschen Bundestag angehört und seit 1969 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, löst den Abgeordneten Walther Leisler Kiep ab, der auf dem Saarbrücker Parteitag der CDU zum neuen Bundeschatzmeister gewählt worden ist. Kiep wird sich als Mitglied des CDU-Präsidiums auch weiterhin der Entwicklungspolitik im besonderem Maße annehmen.

Heinrich Lummer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, ist in Mannheim zum neuen Vorsitzenden des Deutschen Politologenverbandes gewählt worden.

Thomas Jansen ist neuer persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Dr. Rainer Barzel, geworden. Er wird damit Nachfolger von Ottfried Hennig, der zum Bundesgeschäftsführer der CDU berufen wurde. Dr. Jansen ist seit dem 1. Januar 1970 Assistent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; er war zuletzt im Büro von Prof. Hallstein tätig.

■ Termine

2. 11.	LV Schleswig-Holstein Frauenvereinigung	Landesdelegiertentagung	Pinneberg
2. 11.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Landesausschuß	Bonn
2. 11.	Mittelstandsvereinigung — Bund	Bundesvorstand	
3. 11.	LV Rheinland Wirtschaftsvereinigung	Grundsatzausschuß	Köln
3. 11.	LV Hessen	Fachtagung Kommunalen Finanzausgleich	
4. 11.	LV Schleswig-Holstein	Kreisgeschäftsführer- tagung	Neumünster
4. 11.	LV Braunschweig	Landesarbeitskreis Kulturpolitik	Braunschweig
5. 11.	CDU — Bund	Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik	Bonn
5. 11.	LV Schleswig-Holstein KPV	Arbeitskreis Größere Städte	Kiel
5. 11.	Frauenvereinigung — Bund	Hauptausschuß	Wesseling